

**Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten:
Jahresbericht 2006 (48. Bericht)
(Drucksache 16/4700)
21. Juni 2007**

10820

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 105. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 21. Juni 2007

Winfried Nachtwei

- (A) Sie haben auch die katastrophalen Verhältnisse bei der Unterbringung der Soldaten im Rahmen der **Kongomission** in Libreville und Kinshasa angesprochen. Diese sind auch nicht damit zu begründen, dass es sich um eine neue Mission in ganz neuen Verhältnissen handelte. Sie waren noch weit darunter. In der Tat war die beauftragte Privatfirma völlig überfordert, und es gelang nicht, das rechtzeitig auszugleichen.

Allerdings ist auch ausgesprochen bedauerlich, dass im Zusammenhang mit der berechtigten Markierung dieser Mängel der Zweck, die Wirkung und das Ergebnis der Kongomission in der Öffentlichkeit weit in den Schatten gestellt wurden. Insgesamt war es nämlich tatsächlich eine gute und erfolgreiche Gemeinschaftsleistung. Das wird zwar immer wieder mal vermerkt, aber mehr nicht. Im Ergebnis war es dann leider eine Schräglage. Das liegt nicht an Ihnen, ist aber bedauerlich.

Lassen Sie mich nun ein Kapitel ansprechen, das mich sehr beunruhigt hat, als der Bericht vorgelegt wurde, das in der öffentlichen Wahrnehmung aber praktisch keine Rolle spielte – auch Sie haben es heute eher nur am Rande angesprochen, lieber Kollege Robbe –, nämlich Mängel beim **Führungsverhalten**.

Ich zitiere aus Ihrem Bericht:

Fehlverhalten von Vorgesetzten ist nicht auf Einzelfälle beschränkt. Es wird auch nicht immer konsequent verfolgt und geahndet. ...

- (B) Mich erschreckt, mit welcher Selbstverständlichkeit manche Vorgesetzte selbst über die Stränge schlagen, Vorschriften missachten und die Rechte von Kameraden und Untergebenen verletzen.

Es gibt noch weitere Zitate, die Sie auch kennen.

Besonders irritieren mich diese Feststellungen, die deutlich über die Markierung eines Einzelfalles hinausgehen, deshalb, weil wir als diejenigen, die viel mit der Bundeswehr und Offizieren zu tun haben, insgesamt Gott sei Dank ein sehr positives Bild haben. Diese Schattenseite ist also äußerst unerfreulich.

Hier spannt sich für mich auch der Bogen zur **Mitgliederumfrage des Bundeswehr-Verbandes**. Eine solche Gesamtbefragung, bei der ein Viertel der 210 000 Mitglieder antwortet, kann man nicht mehr als nicht repräsentativ bezeichnen. Das ist ein Basiswert, der sich gewaschen hat. Deshalb muss man die Ergebnisse sehr, sehr ernst nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der FDP und der LINKEN)

Ich nenne noch einmal einige von ihnen: 74 Prozent der Berufssoldaten würden ihnen nahestehenden Personen nicht mehr empfehlen, in die Bundeswehr zu gehen. 64 Prozent finden, dass die Politik den Sinn der Auslandseinsätze nicht ausreichend vermittelt. Jetzt eine „positive“ Zahl: 3,9 Prozent fühlen sich von der Politik unterstützt.

Mit anderen Worten: Die Politik – pauschal gesagt: wir – verliert die Köpfe und Herzen derjenigen, die an-

dernorts um die Köpfe und Herzen der Bevölkerung (C) kämpfen sollen.

Der Bericht des Wehrbeauftragten und auch die Mitgliederbefragung des Bundeswehr-Verbandes sind nach meiner Ansicht ein Alarmruf an das Parlament.

Hier müssen wir erstens deutlich mehr Klarheit schaffen: Was wollen wir mit den Streitkräften? Was sollen sie in Zukunft konkret tun? – Da sind wir noch viel zu allgemein.

Zweitens brauchen wir auch selbst mehr Klarheit über die latenten Prozesse, die nicht so direkt sichtbar sind, die sich aber in den Streitkräften mit der Zeit entwickeln.

An dieser Stelle halte ich es für sehr angebracht, wieder die schon seit längerer Zeit im Raum stehende Forderung aufzunehmen, dass der Wehrbeauftragte erweiterte Möglichkeiten bekommt, auch diese strukturellen Veränderungen, Einstellungsveränderungen und Wahrnehmungsveränderungen in den Streitkräften genauer zu analysieren und auch auf **Erkenntnisse des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Truppenpsychologischen Dienstes** zurückzugreifen. Dies ist zwingend notwendig, damit wir dem Risiko, dass innere Führung von oben ausgehöhlt wird, entgegenwirken können.

In diesem Zusammenhang danke ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern umso mehr für Ihre Arbeit. Sie ist für uns von entscheidender Bedeutung.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (D)
und der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Herr Bundesminister Dr. Franz Josef Jung hat das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erstens für den Bericht und zweitens für die gute Zusammenarbeit herzlich danken. Es ist zwar richtig, dass der Wehrbeauftragte im Auftrag des Bundestages tätig ist. Aber er befördert auch die Interessen der Bundeswehr. Herzlichen Dank für die Wahrnehmung Ihrer Aufgabe und Ihre Arbeit, Herr Wehrbeauftragter.

Lassen Sie mich zwei weitere Bemerkungen machen, bevor ich auf die Einzelheiten des Berichtes kurz eingehe. Die Institution des Wehrbeauftragten ist eine Errungenschaft unserer Demokratie. Er hat eine klare **Kontrollfunktion** – in Unterstützung des Deutschen Bundestages – im Hinblick auf die Beachtung der Grundrechte der Soldaten und die Umsetzung der Grundsätze der inneren Führung. Das sind wichtige Gesichtspunkte, die immer wieder hervorzuheben sind, wenn es um die Bewältigung der Aufgaben durch die Bundeswehr geht. Das Amt hat sich großes Vertrauen bei den Soldatinnen und Soldaten

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) erworben. Es ist Voraussetzung für die Arbeit des Wehrbeauftragten, dass sich die Angehörigen der Bundeswehr an ihn wenden und ihm sagen, was ihnen unter den Nägeln brennt, damit wir die Chance haben, nicht nur über einen solchen Bericht zu diskutieren, sondern auch auf die Einzelheiten einzugehen und die berechtigten Kritikpunkte aufzunehmen und abzubauen.

Ich will auf einzelne Bereiche eingehen. Erstens. Wenn unsere Soldatinnen und Soldaten wie beispielsweise im **Afghanistaneinsatz** – dieser wurde bereits angesprochen – auf bewundernswerte Art und Weise einen Beitrag zur Gewährleistung von Stabilität, Frieden und letztlich unserer Sicherheit leisten, ist es wichtig, dass sie ausreichend ausgebildet und gut ausgerüstet sind und die Grundvoraussetzungen für solche Einsätze erfüllt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe im letzten Jahr angeordnet, dass man in Afghanistan nur noch mit **geschützten Fahrzeugen** fährt. Dies war ein richtiger Schritt, gerade wenn ich mir die aktuellen Anschläge vor Augen führe. Ich sage das, weil Sie vorgetragen haben, wir hätten nicht die notwendigen Schutzmaßnahmen ergriffen und die Soldaten verfügten nicht über die entsprechende Ausrüstung.

- (B) Ich möchte das aufgreifen, was der Wehrbeauftragte gesagt hat. Auch ich habe Kunduz besucht. Im PRT in Kunduz ist unsere Arbeit auf hervorragende Art und Weise im Hinblick auf **vernetzte Sicherheit** umgesetzt. Dort gibt es – bis in das einzelne Dorf – Projekte, die der afghanischen Bevölkerung deutlich zeigen, dass wir unterstützend tätig sind und den Menschen helfen wollen. Nach dem Anschlag hat es eine breite Solidarisierung mit unseren Soldaten gegeben. Wir haben nach Einschätzung unserer Soldaten 95 Prozent der Bevölkerung auf unserer Seite. Das ist der richtige Weg, die Arbeit in Afghanistan fortzusetzen.

Ich kann nur unterstreichen, was der Wehrbeauftragte im Hinblick auf die Veröffentlichung der **Fotos** von verwundeten Soldaten gesagt hat. Diese Fotos haben Betroffenheit bei den Soldaten hervorgerufen. Ich habe mich an alle Zeitungen und öffentlich-rechtlichen Medien gewandt, die diese Fotos veröffentlicht haben. Einige haben deutlich reagiert und sich entschuldigt. Andere haben versucht, das zu rechtfertigen. Ich finde, die Art und Weise der Veröffentlichung dieser Bilder ist nicht zu rechtfertigen. Wir müssen in Zukunft mehr Rücksicht auf die Gefühle der Menschen nehmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Zweitens. Mit Betroffenheit und Entsetzen haben die Soldaten aufgenommen, dass Herr Lafontaine, Vorsitzender der Linken, ihre Tätigkeit mit den **Aktivitäten von Terroristen** gleichgesetzt hat. Ich finde, Herr Lafontaine müsste sich sofort entschuldigen. Das ist verantwortungslos. Er betreibt damit das Geschäft derjenigen, die sich terroristisch gegen uns wenden. Das ist mit allem Nachdruck zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Drittens. Wir werden selbstverständlich die **Kasernen** in die Prioritätenliste aufnehmen und für Verbesserungen sorgen.

Eines ist schon wahr: Man kann nicht immer mehr Leistungen von unseren Soldaten verlangen, wenn die sozialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Um hier zu Verbesserungen zu kommen, brauchen wir eine zusätzliche finanzielle Unterstützung. Ich bitte den Deutschen Bundestag – wir werden alsbald in die Haushaltsberatungen eintreten – um eine entsprechende Unterstützung, weil wir nur dann unsere Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen und unserem Auftrag gerecht werden können, wenn wir die notwendigen finanziellen Grundlagen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will nun einen Gesichtspunkt ansprechen, der im Bericht Erwähnung findet, der hier aber noch nicht angesprochen wurde. In den vergangenen Jahren wurde entschieden, dass sich **Frauen** über den Bereich Sanitätsdienst hinaus in der Bundeswehr engagieren können. Wir haben eine sehr gute Entwicklung. Es gibt mittlerweile fast 13 000 Frauen in der Bundeswehr, die in hervorragender Art und Weise ihren Dienst leisten. Wir sind selbstverständlich jetzt gefordert, das Thema Familie und Beruf voranzutreiben. Durch die Frauen erfahren wir in den Auslandseinsätzen eine beispielhafte Unterstützung. Deshalb möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen, dass sich das Engagement der Frauen in der Bundeswehr positiv auf die Arbeit der Bundeswehr auswirkt hat.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei all den Mängeln, die hier zu Recht angesprochen worden sind, darf nicht das vergessen werden – wir reden hier über den Jahresbericht 2006 –, was an zusätzlichen Aufgaben auf die Bundeswehr zukam. Als wir die Regierung gebildet haben, hat noch niemand daran gedacht, dass im Jahr 2006 ein Einsatz im **Kongo** zu bewältigen war. Dieser wurde hervorragend durchgeführt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotz der Punkte, die man unter „lessons learned“ fassen kann, will ich unterstreichen, was Herr Nachtwei gesagt hat. Wir haben die demokratischen Wahlen abgesichert und unsere Mission in dem vorgesehenen Zeitraum abgeschlossen. Wir haben erfolgreich dafür gesorgt, dass es keinen Rückfall in den Bürgerkrieg gab. Es war also eine erfolgreiche Mission im Kongo, die vonseiten Europas durchgeführt wurde und an der die Bundeswehr beteiligt war.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das sieht Herr Bisky genauso!)

Es gab einen weiteren zusätzlichen Einsatz, nämlich die **UNIFIL-Mission** vor der Küste des Libanons. Es

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) gab auch im Innern Einsätze. Ich nenne beispielsweise die Stichworte Schneekatastrophe, Vogelgrippe, Hochwasser und Fußballweltmeisterschaft, wo wir auf dem Gebiet der Sicherheit mitgeholfen haben. Dies bedurfte eines enormen zusätzlichen Engagements der Bundeswehr. Man kann daran erkennen, dass unsere Bundeswehr leistungsfähig und einsatzfähig ist und ihren Auftrag im Hinblick auf eine friedliche Entwicklung gerade in den Auslandseinsätzen hervorragend erfüllt.

Bei all den Mängeln, die noch abzustellen sind, sollten wir für das Engagement dankbar sein, das unsere Soldatinnen und Soldaten für unsere Sicherheit und damit für Frieden und Freiheit in der Welt zeigen.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Abschluss der Debatte spricht Petra Heß für die SPD-Fraktion.

Petra Heß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Robbe! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wohl allen klargeworden, dass auch der 48. Bericht des Wehrbeauftragten zeigt, dass die Angehörigen der Bundeswehr sehr großes Vertrauen in diese Institution haben. Das ist gut so. Denn unsere Soldatinnen und Soldaten wenden sich sehr selbstbewusst und mit einer großen Portion Selbstverständlichkeit mit ihren Anliegen an unseren Wehrbeauftragten. Mit ihrem Eingabeverhalten unterstreichen sie, dass sie verantwortungsvolle Staatsbürger in Uniform sind.

Unsere Soldatinnen und Soldaten erfüllen in dieser schwierigen **Phase der Transformation**, in der sie sich jetzt befinden, nicht nur ihre Pflicht, sondern sie begleiten den Prozess kritisch und tragen dazu bei, dass sich bei der Bundeswehr vieles im positiven Sinne entwickelt. Der Bericht gibt Einblick in das Innenleben der Streitkräfte, und – auch das will ich nicht verhehlen – er hält damit nicht nur der militärischen Führung, sondern auch der Politik den Spiegel vors Gesicht.

Ich will zunächst den Fokus auf den **Sanitätsdienst** richten. Wie schon in den vergangenen Jahren ist die sanitätsdienstliche Lage der Bundeswehr im Inland weiterhin sehr angespannt. Die medizinische Versorgung der Soldatinnen und Soldaten im Inland, insbesondere die **klinische Versorgung**, war im Berichtsjahr zum Teil erheblich beeinträchtigt. So waren zum Beispiel im Jahresmittel etwa 135 Ärzte permanent in Auslandseinsätzen gebunden. Besonders in den Bundeswehrkrankenhäusern führte dies zu ganz problematischen Personalengpässen bei Ärzten und bei Sanitätern. Erneut mussten auch im zurückliegenden Jahr in allen Bundeswehrkrankenhäusern Operationssäle vorübergehend geschlossen werden. Das heißt nicht, dass Notfälle nicht behandelt werden konnten oder unbehandelt blieben. Aber es gehört auch hier zur Ehrlichkeit, zu sagen: Nicht akute Be-

handlungen mussten mitunter verschoben, oftmals weit verschoben werden. (C)

Neben den personellen Engpässen im klinischen Bereich kommt es mittlerweile auch zu Engpässen im Bereich der **truppenärztlichen Versorgung** und in den regionalen Sanitätseinrichtungen. Grund ist auch hier die starke Beanspruchung der medizinischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Auslandseinsätze. Grund ist aber auch – der Minister ist gerade darauf eingegangen –, dass es gerade im Sanitätsdienst eine verhältnismäßig hohe Anzahl von **Frauen** gibt, teilweise über 50 Prozent. Das ist gut so, und das ist politisch gewollt. Aber auch hier muss man sagen: Den Spiegel vor das Gesicht halten, heißt, dass wir bei der Dienstpostenbesetzung entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und diese ändern müssen, wenn wir weiterhin einen entsprechend hohen Frauenanteil in den Streitkräften wünschen; denn da, wo viele Frauen sind, hat man eine wesentlich geringere Tagesantrittsstärke. Frauen in den Streitkräften entscheiden sich nämlich auch während ihrer Dienstzeit für Kinder. Das ist gut so, das ist richtig, und das wollen wir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind aber damit für Auslandseinsätze über Jahre hinaus erst einmal nicht verfügbar, oder sie nehmen nach der Gründung der Familie Teilzeit in Anspruch. Auch das ist politisch gewünscht, aber man muss dann bei der notwendigen Dienstpostenbesetzung entsprechend reagieren.

Mit der aktuell stattfindenden Reduzierung der Zahl der **Bundeswehrkrankenhäuser** auf vier Bundeswehrkrankenhäuser und ein Kooperationsmodell wird eine Bündelung der medizinischen Ressourcen einhergehen, die insbesondere eine bessere personelle Ausstattung erwarten lässt. Auch die Personalstruktur im Bereich der **Sanitätsoffiziere** zeigt Gott sei Dank in den letzten Jahren ein kontinuierliches Wachstum. Im Berichtsjahr waren das genau 11 Prozent. Die Anpassung der Qualifikation des Rettungs- und Pflegepersonals an die Standards im zivilen Gesundheitswesen macht eine zweijährige Aus- und Weiterbildung der **Sanitätsunteroffiziere** notwendig. Auch das verschärfte im Berichtsjahr die Personalsituation zusätzlich. Die Rückkehr der Sanitätsunteroffiziere von ihrer zweijährigen zivilen Ausbildung im Laufe der nächsten Jahre wird die personelle Situation hingegen weiter verbessern. Sie sehen, es gibt viel Bewegung in diesem gesamten Prozess. (D)

Ich will nicht unerwähnt lassen, dass die Umgliederung der Krankenhäuser auf einsatzorientierte Strukturen auch in Zukunft weiter erhebliche Engpässe auch beim **zivilen Pflegepersonal** mit sich bringen wird. Von ehemals 5 500 Pflegekräften sieht die Zielstruktur des Personalmodells 2010 gerade einmal 2 650 verbleibende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Notwendig wären aber aus Sicht des Sanitätsdienstes mehr als 3 200. Hier muss man sich schon fragen: Können wir die Transformation an den tatsächlichen Bedürfnissen der Soldaten vorbei durchsetzen, oder müssen verschiedene Punkte eventuell neu verhandelt werden? Hier sind natürlich